

CANADA

ISSN 1182-3100

Newspaper serving the German Speaking Communities
Journal de la communauté germanophone

If undelivered, please return to:
Si non réclamé, prière de retourner à

Das Echo, PO Box 27
Pointe-Claire, QC, H9R 4N5
Printed in Ontario



Nummer 42/292/ 28. Jahrg.

THE LARGEST NATIONWIDE GERMAN LANGUAGE NEWSPAPER IN CANADA

Oktober 2006 / \$3.50

Diesen Monat im Echo:

Die deutschen Sprachschulen stellen sich den Echo-Lesern vor. Heute: Die Vancouver Westside German School in British Kolumbien. Auf Seite 22 erfahren Sie mehr.



Seite 3: Österreichs Bundespräsident auf Staatsbesuch in der Schweiz

Seite 4: Köhler beim Vertriebenen-Treffen

Seite 5: Freispruch für Saddam Hussein?

Seite 7: Deutsche Autobauer behaupten sich in USA

Seite 8: Autogroßmacht vor Österreichs Haustür

Seite 9: Schwimmende Häuser im Lausitzer Seenland

Seite 14: Der lange Weg von Münsingen nach Neu Braunschweig und in die Geschichte Kanadas

Seite 18: Führungswechsel bei der Deutsch-Kanadischen Industrie und Handelskammer



Prost Mädels! Das 173. Münchner Oktoberfest hat am 17. September begonnen. Bis zum 3. Oktober werden mehr als sechs Millionen Besucher erwartet. Auf Seite 21 erfahren Sie mehr.

Nachfolge von Kofi Annan?

New York - (AP). Trotz aller Weltkrisen reden bei den Vereinten Nationen derzeit alle nur über das eine: Wer wird Nachfolger von Generalsekretär Kofi Annan? Der Ghanaer hört zum Jahresende nach zehnjähriger Amtszeit auf. Der Wechsel an der Spitze steht aber offiziell auf keiner Tagesordnung der Generalversammlung. - Auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier wurde bereits in die Spekulationen einbezogen, kaum dass er am 19. September zur Teilnahme an der Versammlung in New York angekommen war. Dem SPD-Politiker wurde bereits unterstellt, dass er als Nachfolger den südkoreanischen Außenminister Ban Ki Moon den geeignetsten Kandidaten halte. Die Franzosen halten dagegen offenbar den indischen UN-Diplomaten und möglichen künftigen Friedens- oder Literaturnobelpreisträger Sashi Tharoor für den besten Kandidaten.

Deutsche Soldaten schützen Israel

Umfrage: 64% der Deutschen lehnen den Einsatz ab

Berlin - (cw/ho). Wenn Israels Staatsgründer David Ben-Gurion in den 50ern seine Annäherung an die Deutsche Bundesrepublik verteidigte, dann sprach er immer vom „anderen Deutschland“, dem „Deutschland Adenauers und der Sozialdemokraten“. Wie es die Geschichte will, ist es heute eine konservative Kanzlerin, die zusammen mit den Sozialdemokraten eine Zäsur im deutsch-israelischen Verhältnis herbeiführt. Zum ersten Mal in der Nachkriegszeit werden deutsche Soldaten ausgesandt, um Israels Grenze sichern zu helfen. Und es ist schon überraschend, dass die Israelis damit viel weniger Probleme haben als die Deutschen. Einer neuen Umfrage zufolge lehnen 64 Prozent der Deutschen den Einsatz ab. Diese Mission bildet den Schlussstein einer Neudefinition der deutschen Außenpolitik, die vor sieben Jahren mit dem Kosovokrieg begann. Auch wenn

die viel beschworene „Normalisierung“ mehr Sehnsuchtsbegriff bleibt als Abbildung deutscher Realitäten, so lässt sich doch feststellen: Die Aufgaben, die die Bundesrepublik inzwischen global übernimmt, nähern sich dem, was man vom größten Staat in Europa und einem der wirtschaftlich und politisch bedeutsamsten Länder der Erde erwarten kann. Dazu gehören immer öfter friedenserhaltende oder friedenszwingende Einsätze der Bundeswehr.

Dennoch müssen die Skeptiker ernst genommen werden. Tatsächlich sind die Begründungen dieser Einsätze oft ad hoc, manchmal gar im Gewand überstaatlicher Notstände, über die Deutschen gekommen. Im Kosovo musste es schon die Verhinderung eines zweiten Völkermordes sein, mit dem Rot-Grün argumentierte, in Afghanistan ist es der Kampf gegen den Terror, im Kongo die Stärkung der

EU-Außenpolitik, und bald in Darfur wird abermals ein Genozid zu stoppen sein. Das Durcheinander von Argumenten erweckt den Eindruck, Berlin entscheide über Auslandseinsätze ohne klare Kriterien. Auch bei der Libanon-Mission wird von Befürwortern wie Gegnern hauptsächlich die Schoah angeführt – ein quasi überpolitischer Begründungszusammenhang. Dabei würde eine realpolitische Betrachtung zu keinem anderen Ergebnis führen als eine moralisch-historische.

Berlins Politikern dürfen also bei Auslandseinsätzen durchaus auch mit deutschen Interessen argumentieren. Denn gibt es in Nahost wieder einmal Krieg, steigt nicht nur der Preis des Öls – das Schmiermittel der deutschen Wirtschaft – als Erstes klopfen die Flüchtlinge auch an die Pforten Europas, dessen Sicherheit als Nachbar ohnehin direkt berührt ist. Dort für Sta-

bilität zu sorgen, hilft nicht nur dem Libanon, ein echter Staat zu werden, und Israel, seine Grenzen sicherer zu machen. Es ist außerdem ein Beitrag zur Eindämmung der destruktiven Kräfte der Region. Die schiere Nähe verbietet es Europa, sich für dieser Stabilisierungsaufgabe zu drücken.

Im Libanon wird aber auch das alteuropäische Politikmodell getestet. Die USA und Großbritannien sind nicht Teil der Unifil-Mission, weil der Irakkrieg ihrem Image in der arabischen Welt sehr geschadet hat. Nun müssen die Kontinentaleuropäer zeigen, dass ihr Mix aus Politik und militärischem Engagement besser funktioniert als der der Angelsachsen. Das deutsch-israelische Sonderverhältnis gibt dem Ganzen zwar eine geschichtsmetaphysische Note. Die Libanon-Mission wird aber darüber hinaus erweisen, wie erfolgreich deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik sein kann in einer Region, die Europas Sicherheit unmittelbar tangiert.

INHALT

Impressum	02
Politik	03-06
Wirtschaft	07-09
Lokales	10-17
Panorama	19-26
Bücherecke/Lieder	27
Küche/Rätsel	28
Heiteres/Bestellschein	29
Horoskop / Forum	30
Gesundheit	32
Märchen	33
Leichte Unterhaltung	34-35
Junges Echo	36-37
Sport	38

